

„Erst wenn's bei uns nur noch Beamte gibt, dann können wir ja die Steuergelder unter uns aufteilen!“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit dem als Überschrift zitierten Satz amüsierte der Kabarettist Heinz Erhardt vor 55 Jahren das Theaterpublikum in einem Lustspiel.

Die aktuelle Situation in unserem Land liegt irgendwo zwischen Farce und Trauerspiel. Einerseits hat „der Staat“ auf allen Ebenen (Bund, Länder und Kommunen) in den letzten Jahren üppig neue Beamte und Angestellte bestellt, andererseits beklagen die Verbandsvertreter des öffentlichen Dienstes mit dramatischen Formulierungen fehlendes Personal ebenso wie die Überalterung der jetzigen „Belegschaft“. Der Vorsitzende des Beamtenbundes sah vor drei Jahren „nur einen Bruchteil des tatsächlichen Bedarfs“ durch Neueinstellungen abgedeckt.

Das erstaunt den steuerzahlenden Zahnarzt genauso wie seine Mitarbeiterin: Von 2015 bis 2023 wuchs der öffentliche Sektor in Deutschland um 13,4 Prozent, nämlich von 4,64 Millionen Beschäftigten auf 5,27 Millionen. Etwa 630 000 Menschen, dies entspricht einer Großstadt wie Düsseldorf, Stuttgart oder Leipzig, arbeiten jetzt zusätzlich im öffentlichen Dienst im Vergleich zu 2015. Der Trend dürfte sich fortsetzen, allein schon durch die angelaufene Vergrößerung der Bundeswehr. Knapp 1,8 Millionen der öffentlich Bediensteten sind Beamte und Richter.

Umso bemerkenswerter ist der ungebrochene Appetit, den die Verbandsvertreter der Staatsdiener demonstrieren. Ihr Wortführer forderte erst vor wenigen Tagen weitere 570 000 Stellen für den öffentlichen Dienst. Dies erscheint angesichts eines bereits zwei Jahre in Folge schrumpfenden Bruttoinlandsprodukts, angesichts von 10 000 Monat für Monat wegfallenden Industriearbeitsplätzen ziemlich präpotent.

Der private Sektor finanziert den öffentlichen und nicht umgekehrt. Eine schnell und zuverlässig arbeitende Verwaltung ist in unser aller Interesse. Ein sich aufblähender und immer mehr Bürokratie generierender öffentlicher Sektor ist es nicht. „Wer Steuern zahlt, will Sparsamkeit“, so war ein weit verbreiteter Autoaufkleber des Bundes der Steuerzahler betitelt. Und nicht: „Alle werden Beamte und teilen die Steuergelder unter sich auf.“

Ihr



Dr. Dr. Frank Wohl
Präsident der BLZK



Inhalt

Politikern auf den Zahn gefühlt	4
Weichenstellung für die	
wohnortnahe Versorgung	6
Erste-Hilfe-Kasten oder Giftschränk?	8
Eine Chance für Ihre Praxis	9
Begeisterung wecken	10
Wirtschaftsfaktor Zahnarzt	11
Digitale Abformung: Neue Virtinare	11
Der weite Weg von Antananarivo	
nach Zwiesel	12
Punkte sammeln mit Charly	13
Das Berichtsheft heißt	
jetzt Ausbildungsnachweis	14
Gib Hackern keine Chance	16
Abrechnung transparent	17
Unternehmen Zahnarztpraxis	18
Scottis Praxistipp	19
eazf Fortbildungen	20
eazf Online Akademie	
feiert 100. Sendung	22
Impressum	24